

## Lawrow an die EU: Lernt Respekt oder bleibt zurück

***Zum 50. Jahrestag der Helsinki-Vereinbarungen gibt es für diejenigen, die ein harmonisches Zusammenleben wollten, wenig zu feiern.***

6. August 2025 | Tarik Cyril Amar

Ob man ihn mochte oder hasste, Otto von Bismarck – preußischer Aristokrat, Erzkonservativer, Verfechter des deutschen Nationalismus, Urheber von Kriegen und später Bewahrer des Friedens – war kein Dummkopf. Und sein Ego war reichsgroß. Doch selbst Bismarck hatte noch ein Körnchen Bescheidenheit übrig. Kluge Politik, so bemerkte er einmal, besteht darin, auf „Gottes Schritte“ zu lauschen, wenn er durch die „Weltgeschichte“ geht, und dann den Saum seines Mantels zu ergreifen.

Mit anderen Worten, man muss auf die Bedürfnisse und vor allem auf die Möglichkeiten des Augenblicks eingestellt sein. Tragischerweise bestand Bismarcks größte Fähigkeit darin, Gelegenheiten zum Krieg zu ergreifen – und, wenn nötig, zu unterstützen. Aber manchmal bekommt auch der Frieden seine Chance. Vor fünfzig Jahren unterzeichneten alle europäischen Länder – mit Ausnahme von Albanien – sowie die USA und Kanada die Schlussakte von Helsinki (oder die Helsinki-Vereinbarungen).

Die Schlussakte von Helsinki, ein komplexes Dokument, das sich mit vier Bereichen (den so genannten „Körben“) der internationalen Beziehungen und der anschließenden Umsetzung befasst, war ein Durchbruch für die Entspannung in Europa. Die Entspannung war ein globaler Versuch, der von Breschnew und Gromyko in Moskau und Nixon und Kissinger in Washington vorangetrieben wurde, um den Kalten Krieg, wenn schon nicht zu beenden, so doch zumindest besser zu bewältigen.

Die Kuba-Krise von 1962 war nicht der einzige Grund für diese Politik der Zurückhaltung und Vernunft. Die Tatsache, dass man einem totalen Atomkrieg im Stil von Dr. Seltsam sehr nahe kam, trug dazu bei, die Gemüter zu beruhigen. Hinzu kam das Fiasko der USA in Vietnam, und Ende der 1960er Jahre war der Wunsch nach Deeskalation sogar in Washington stark genug, um die sowjetische Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 schnell außer Kraft zu setzen. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre markierte eine Flut hochrangiger internationaler Diplomatie und Verträge den Höhepunkt der Entspannungspolitik. Bis 1975 bildeten die Vereinbarungen von Helsinki den Höhepunkt dieses Höhepunkts.

Die Helsinki-Vereinbarungen gehen auf Initiativen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes zurück und stießen auf ein Westeuropa - und sogar auf die NATO nach dem Harmel-Bericht (das waren noch Zeiten!) -, das wirklich eine sorgfältige Verteidigungspolitik mit echter Diplomatie und Verhandlungen über ein gegenseitiges Geben und Nehmen verbinden wollte, und knüpfte an die vorangegangene französische, d.h. de Gaulles „politique à l'Est“, sowie an Willy Brandts deutsche „Ostpolitik“ an.

Letzterer wird heute in Deutschland, wo schändlich inkompetente Eliten mit Russophobie und einem neuen Militarismus um sich schlagen, viel geschmäht. In Wirklichkeit haben sowohl de Gaulle als auch Brandt - und auch Brandts wichtigster außenpolitischer Berater Egon Bahr - einen historischen Beitrag dazu geleistet, die schlimmsten Risiken des Kalten Krieges zu entschärfen und im Falle Deutschlands auch den Boden für die nationale Wiedervereinigung zu bereiten.

Doch nach 1975 ging es bergab, und die Talfahrt hat nie wirklich aufgehört. Dies ist einer der wichtigsten Punkte, auf die der russische Außenminister [Sergej Lawrow](#) kürzlich in einem langen Artikel hingewiesen hat. Da die westlichen Mainstream-Medien sich darin hervortun, nicht zu berichten, was russische Politiker uns zu sagen versuchen, werden wahrscheinlich nur wenige außerhalb Russlands davon Notiz nehmen. Das ist schade, denn Lawrow hat mehr als eine Botschaft, der wir Beachtung schenken sollten.

Unter dem zurückhaltenden Titel „Ein halbes Jahrhundert der Helsinki-Akte: Erwartungen, Realitäten und Perspektiven“ übt Lawrow harsche und – auch wenn man mit einigen Details nicht einverstanden ist – grundsätzlich gültige und gerechtfertigte Kritik an dem enttäuschenden Scheitern nach den vielversprechenden Anfängen von Helsinki. Dieses Scheitern hat einen Namen – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Die OSZE ist übrigens die Nachfolgerin der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die zwischen 1972 und 1975 die Helsinki-Vereinbarungen ausarbeitete. Bevor die damaligen großen und kleinen Staats- und Regierungschefs in Helsinki zusammenkamen, um sie zu unterzeichnen, was der Historiker des Kalten Krieges, Jussi Hanhimäki, als eine „weitgehend zereemonielle Angelegenheit“ bezeichnete, gab es jahrelange mühsame, akribische Verhandlungen. Daraus können die ungeduldigen Trumps und Zelenskys von heute eine Lehre ziehen: Ernsthafte Ergebnisse bedürfen einer ernsthaften Vorbereitung, nicht eines oder zweier Tage der Effekthascherei.

Was dann mit der OSZE geschah, ist nicht weiter kompliziert: Mit 57 Mitgliedstaaten ist sie heute die größte Sicherheitsorganisation der Welt und hat massiv versagt. Zumindest wenn wir sie an ihren Zielen messen, wie sie ursprünglich in Helsinki in der Blütezeit der Entspannung festgelegt wurden.

Die OSZE hätte ein unverzichtbares internationales Forum sein können, das die Fronten zwischen Geopolitik und Ideologien (oder, wie wir heute sagen, „Werten“) überbrückt. Nach dem Ende des Kalten Krieges in den späten 1980er Jahren hätte sie sogar zum Kern einer neuen Sicherheitsarchitektur werden können, die alle von Lissabon bis Wladiwostok umfasst hätte. Doch dazu hätte sie sich an die Kernprinzipien und -regeln des Helsinki-Abkommens halten müssen: strikte Achtung der Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung, die alle durch eine starke Betonung des Konsenses aufrechterhalten werden.

Doch stattdessen wurde die OSZE zunächst im Kalten Krieg und dann nach dem Kalten Krieg zu einem Instrument des westlichen Einflusses, der Voreingenommenheit und – hinter der Fassade des Multilateralismus – der knallharten Realpolitik. Wie die EU hätte sich auch die OSZE grundlegend von der NATO unterscheiden und ihr sogar feindlich gegenüberstehen müssen. Doch wie die EU wurde sie schließlich zu einem bloßen Juniorpartner in Amerikas imperialem Vasallensystem.

Ein großer Teil von Lawrows Artikel ist der detaillierten Beschreibung dieses Versagens in verschiedenen Ländern, Regionen, Fragen und Konflikten gewidmet, darunter Tschetschenien, Kosovo, Moldau und die Ukraine, um nur einige zu nennen. Das ist wichtig, denn es dient als Korrektiv zu den dummen und selbstgefälligen [westlichen Mainstream-Märchen](#), die die Schuld für das Scheitern von Helsinki und der OSZE auf – Trommelwirbel – Russland und Russland allein schieben. Ganz zu schweigen von den irrsinnigen Versuchen des wahnhaften, korrupten und zunehmend isolierten ukrainischen Wladimir Zelensky, den Jahrestag von Helsinki zu nutzen, um erneut einen „[Regimewechsel](#)“ in Russland zu fordern.

Noch wichtiger ist jedoch Lawrows offene Aussage über die Zukunft, wie Russland sie sieht. Erstens ist sie polyzentrisch oder multipolar und, in diesem Teil der Welt, eurasisch und ausdrücklich nicht transatlantisch. In dieser Hinsicht ist es fast so, als befänden wir uns wieder in der Mitte der 1950er Jahre. Damals, lange bevor die Helsinki-Akte Realität wurde, schlug Moskau – damals die Hauptstadt der Sowjetunion – den Aufbau einer umfassenden Sicherheitsarchitektur vor. Der Westen lehnte ab, weil Moskau nicht bereit war, die USA einzubeziehen.

In den 1970er Jahren änderte die sowjetische Führung ihren Standpunkt und bekräftigte, dass es möglich sei, die USA einzubeziehen, was wiederum Helsinki möglich machte. So viel zu den Märchen von der russischen „Unnachgiebigkeit“.

Diese Einbeziehung war eine Ironie der Geschichte, denn Washington zeigte zunächst nur Misstrauen und Verachtung. Wie Hanhimäki gezeigt hat, betrachtete Henry Kissinger Europa als Nebenschauplatz, wenn auch nicht die Sowjetunion: Die USA haben ihre Gegner immer viel mehr respektiert als ihre Vasallen. Er ahnte, dass eine Annäherung zwischen Moskau und Westeuropa die Kontrolle Washingtons über letzteres gefährden könnte. Einmal sagte er zu seinem Team mit mehr als nur einem Hauch von bösem Rassismus, dass die Vereinbarungen von Helsinki genauso gut auf Suaheli geschrieben sein könnten.

Jetzt ist Moskau wieder dabei, sich gegen den Transatlantizismus zu stemmen. Lawrow schreibt, die „euro-atlantischen“ Vorstellungen von Sicherheit und Zusammenarbeit hätten sich „selbst diskreditiert und sind erschöpft“. Europa, so warnt er, kann einen Platz in zukünftigen eurasischen Systemen haben, aber es wird „definitiv“ nicht „den Ton angeben“ dürfen. Wenn seine Länder Teil des Prozesses sein wollen, „müssen sie gute Manieren lernen, ihre Gewohnheit des Diktats und koloniale Instinkte aufgeben, sich an gleiche Rechte gewöhnen und im Team arbeiten“.

Sie mögen denken, dass dies sehr weit von dem Europa entfernt ist, das wir jetzt erleben: ein Europa, das sich den USA bis zur Selbstzerstörung unterwirft (wie das [Turnberry-Handels- und Zollfiasko](#) gerade wieder gezeigt hat), das von der Hybris seines „Gartens im Dschungel“ geblendet ist und das fanatisch darauf setzt, nicht einmal mit Russland zu reden und sich mit China auseinanderzusetzen.

Doch nichts von alledem kann auf Dauer Bestand haben. Wenn man bedenkt, wie selbstzerstörerisch diese Politik ist, kann es sogar sein, dass sie nicht mehr lange anhält. Die Nachrichten aus Moskau besagen, dass Russland die Tür zu Europa zwar nicht ganz geschlossen hat, dass die Europäer aber, falls oder wenn sie wieder zu Verstand kommen, feststellen werden, dass Russland es ihnen nicht erlauben wird, wieder beides zu haben: Amerikas Vasallen zu sein und gleichzeitig eine anständige Beziehung zu Russland zu pflegen.